

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 49

Charlottenburg, Freitag, den 5. Dezember 1913

Jahrg. 40

Sperren

Vollsperrern: Altwasser (E. Tiesch & Co.). Düsseldorf (Rhenania). Fraureuth. Flörsheim für Kapselmacher. Grünstadt. König. Köpelsdorf (Philipp Koch, Hering & Sohn). Kranichfeld. Martinlamig. Neumünster. Planthenhammer. Rehau (Beh, Scherzer & Co.). Schorndorf. Eisenberg (W. Säger, Kait, F. W. Reimede, G. W. Runge). Weiden (Seltmann).

Halbsperrern in Deutschland: Bonn (Rehlem). Fürstberg a. Weser. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell. Krummenab. Neufelwig. Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach. Schwabe & Co. Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Blas & Köhner). Gießhübl (Joh. Schuldes). Horn (H. Wehninger & Co.). Krawsta (L. Fiala & Sohn). Laun (B. Vermann). Lubau (Gebr. Martin). Meretitz (Wentler & Co., Inh. S. Koch). Prag (Malerei Scharrer & Co.).

Unfälle und Berufskrankheiten in der britischen Keramikindustrie.

In Großbritannien wird für alle Betriebsunfälle und für 24 Arten von Berufskrankheiten Entschädigung gezahlt, vorausgesetzt, daß die verursachte Erwerbsunfähigkeit länger als eine Woche dauert. Die Zahl der durch Betriebsunfälle und Berufskrankheiten verursachten entschädigungspflichtigen Invaliditäten ist seit 1908 in fortwährendem Steigen begriffen; sie betrug nämlich 1908 325 484, 1909 332 612, 1910 378 340, 1911 419 031 und 1912 424 406. Diese Zunahme der Entschädigungsfälle ist wohl zu einem großen Teil die Folge der besseren Ausnützung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Arbeiter (denn das geltende Gesetz trat erst im August 1907 in Kraft), zum Teil ist sie aber durch die Vermehrung der Unfallgefahren infolge zunehmender Verwendung von Maschinen, gesteigerter Arbeitsintensivität, Heranziehung ungelerner Arbeiter aus ländlichen Bezirken usw. zu erklären. Die tödlich verlaufenden Unfälle und Berufskrankheiten zeigen keine solche Tendenz zur stetigen Zunahme; sie nahmen von 3473 1908 auf 3341 1909 ab, dann auf 3510 1910 und 4021 1911 zu und 1912 wieder auf 3599 ab. Die ausgezahlte Entschädigungssumme stieg von 42 1/2 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 64 3/4 Millionen Mark im Jahre 1912.

In der feinkeramischen Industrie kamen in den Jahren 1908—1912 (seitdem die Statistik geführt wird) folgende Entschädigungsfälle vor:

	Tödliche Fälle		Invaliditäts-Fälle	
	Unfälle	Berufskrankh.	Unfälle	Berufskrankh.
1908	16	9	1085	113
1909	8	4	1023	101
1910	10	7	1391	108
1911	9	5	1125	124
1912	7	15	1143	144

Die Gesamtzahl der Entschädigungsfälle in der Keramikindustrie war 1908 1223, 1909 1136, 1910 1516, 1911 1263

und 1912 1309. Im letzten Jahre fällt die beträchtliche Zunahme der Todesfälle und der Invaliditäten infolge von Berufskrankheiten auf. Von den 159 1912 entschädigten Berufskrankheiten waren 155 Bleivergiftungen, 2 Fälle von Synovialentzündung am Handgelenk und je ein Fall von ekzematischem Hautgeschwür und Epithelkrebs.

Die Kosten der Entschädigungsleistung in der Keramikindustrie erfahren eine Steigerung von 220 116 M. 1908 auf 303 144 M. 1912. (Umrechnungsbasis: 1 Pf. Sterling = 20,40 M.) Die auf jeden beschäftigten Arbeiter treffenden Kosten der Entschädigung von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten stellen sich wie folgt: 1908 4,09 M., 1909 3,10 M., 1910 3,10 M., 1911 3,74 M. und 1912 4,17 M. In allen Betriebsarten betragen 1912 die Kosten der Entschädigungsleistung durchschnittlich 8,76 M. pro Arbeiter.

Wenn ein Unfall oder eine Berufskrankheit den Tod des Arbeiters herbeiführt und der Arbeiter Angehörige hinterläßt, die gänzlich auf seinen Verdienst angewiesen waren, so beträgt die Entschädigung das Dreifache des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, aber nicht weniger als 3060 M. und nicht mehr als 6120 M. Hinterbleiben nur teilweise abhängige Angehörige, so ist eine entsprechende Entschädigung durch Uebereinkommen der Parteien oder durch ein Schiedsgericht festzusetzen. Das Höchstaussmaß der Entschädigung bei Erwerbsunfähigkeit infolge Betriebsunfalls u. beläuft sich auf 50 Proz. des Verdienstes. Die Entschädigung für Erwerbsunfähigkeit kann in Form wöchentlicher Renten oder in Form einer Abfindungssumme gewährt werden. Wurde eine Invalidenrente sechs Monate lang geleistet, so steht es dem Unternehmer frei, ihre Abfindung in Kapital zu beantragen. Ist die Erwerbsunfähigkeit dauernd, so darf die Abfindung in der Weise erfolgen, daß bei der Postsparkasse eine Leibrente in der Höhe von drei Vierteln der bisher gezahlten Rente gesichert wird.

In der Keramikindustrie stellten sich 1912 die durchschnittlichen Entschädigungsbeträge wie folgt:

	Unfälle	Berufskrankh.
	Beträge in Mark	
a.) Tödliche Fälle:		
Entschädigung an vollständig abhängige Hinterbliebene	3468	4469
teilweise abhäng. Hinterbliebene	1856	1020
Kosten wenn keine Angehörigen hinterblieben	143	—
b.) Invaliditäten:		
Vom Vorjahre herübergekommene Fälle	529	689
1912 erstmalig entschädigte Fälle	92	494

Die Berufskrankheiten verursachen viel schwerere Störungen der Erwerbsfähigkeit als die Unfälle, weshalb auch das Entschädigungsausmaß für Invalidität infolge Berufskrankheit erheblich höher ist als die durchschnittliche Leistung für Unfallinvalidität.

Von insgesamt 1287 Invaliditätsfällen, für die im Jahre 1912 in der Keramikindustrie Entschädigung geleistet wurde, wurden während des Jahres durch Rentenzahlung 958 und durch Gewährung von Abfindungssummen 156 Fälle erledigt; 173 Fälle blieben unerledigt und gingen auf das Jahr 1913

über. Die Dauer des Rentenbezuges währte in 6,2 Prozent der Fälle weniger als 2 Wochen, in 26,3 Proz. der Fälle 2 bis nicht ganz 3 Wochen, in 20,6 Proz. der Fälle 3 bis nicht ganz 4 Wochen, in 41,1 Proz. der Fälle 4 bis nicht ganz 13 Wochen und in 4,8 Proz. der Fälle 13 Wochen oder länger.

Bis zu 3 Wochen dauernde Invalditäten sind in der Kammindustrie seltener, länger dauernde Invalditäten aber sind in dieser Industrie häufiger als in Fabriksbetrieben im allgemeinen.

Von den 178 am Schluß des Jahres 1912 noch nicht erledigten Entschädigungsansprüchen bestanden 59 schon seit länger wie einem Jahr; diese und die 158 durch Gewährung von Abfindungssummen erledigten Fälle sind wohl dauernde Invalditäten.

Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

Von Dr. Erdmann, Mitglied des Deutschen Reichstages.

(Schluß)

V.

Was der Kirche an den christlichen Gewerkschaften mißfiel, war nicht nur das Zusammenarbeiten von katholischen und evangelischen Arbeitern, nicht nur der Anspruch auf eine gewisse Selbständigkeit in wirtschaftlichen Bestrebungen, sondern auch die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Streit. Die katholischen Moraltheologen verwerfen zwar den Arbeiterausstand nicht grundsätzlich, aber sie umgeben ihn mit soviel Gefahren und Schrecknissen für den Arbeiter, seine Familie und den Staat, daß zwar nicht ein Verbot, doch aber ein dringendes Abtraten des Streiks dabei herauskommt. Jedenfalls aber wird verlangt, daß sich die Arbeiter des Rates der kirchlichen Obrigkeit bedienen, wenn sie in wirtschaftliche Kämpfe größeren Umfangs zu treten gedenken. Um die Stellung der Kirche in Sachen der Arbeiterbewegung, insbesondere des Streiks, zu kennzeichnen, seien hier einige Sätze aus der schon erwähnten Gewerkschaftsencyklika *Plus X.* wiedergegeben:

Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer Acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Hoffnungen aber, insoweit sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetz übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteile und dem Richteramt der Kirche unterworfen.

Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, sofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe fördern.

Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hinterrückung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkte der Religion gelöst werden muß.

Die katholischen Arbeiter sollen Frieden mit anderen Ständen, das heißt mit dem Unternehmertum, halten und sie sollen weiter wirtschaftliche Streitfragen über Lohnhöhe und Arbeitsdauer nicht ohne Zurateziehung der kirchlichen Obrigkeit erledigen. Kann man sich einen ärgeren Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter denken? Und verdient eine Bewegung, die sich solchen Eingriffen willig fügt, noch den Namen einer Arbeiterorganisation? Kann man einer solchen Bewegung, die sich völlig in die Hände einer höheren Macht begibt, noch zutrauen, daß sie in der Stunde der Not zu ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern steht? Muß man nicht darauf gefaßt sein, daß sie unter dem Einfluß jener höheren Macht und im Bestreben, Frieden mit den anderen Ständen zu halten, ihren Kampf mit Wasser genossen schmächtig den Rücken kehren?

Die Antwort auf diese Fragen gibt der Ausstand der Bergarbeiter des Ruhrbeckens (Rheinland-Westfalen) im Frühjahr 1912. Schon Ende 1910 hatten die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter den Plan einer Lohnbewegung erwogen. Der sozialistische und der liberale und der polnische Bergarbeiterverband waren sich einig, mit Forderungen, an erster Stelle eine Lohnsteigerung, an die Besenbesitzer heranzutreten. Die Löhne waren seit 1907 stark gefallen, die Preise für die Nahrungs-

mittel und anderen Lebensbedürfnisse dagegen stark gestiegen. Was die Bergarbeiter zu fordern gedachten, war nicht als ein Ausgleich zwischen Lohnhöhe und Lebensmittelpreisen. Die genannten Verbände traten auch an den Verband christlicher Bergarbeiter heran, dieser aber machte Ausflüchte unangünstige Zeitumstände und Wirtschaftsverhältnisse geltend, sodaß die übrigen Verbände von weiteren Schritten abließen — nicht weil sie die Gründe des christlichen Verbandes als triftig anerkannten, sondern weil sie zur Durchführung der Forderungen ein möglichst geschlossenes Vorgehen der Bergarbeiter für gut hielten.

Ende 1911 wiederholte sich das Schauspiel. Wieder Einigkeit unter den drei Verbänden: dem sozialistischen, dem liberalen und dem polnischen zum Zwecke einer Lohnbewegung, wiederum Ausflüchte des christlichen Verbandes und wieder Vertagung des Vorgehens. Die Mitglieder der drei Verbände hatten unterdessen eingesehen, daß es den Führern des christlichen Verbandes darauf ankam, das Vorgehen der Bergarbeiter vereiteln. Die christlichen Führer vertrauten auf die Stärke ihres Verbandes, der im Ruhrbecken etwa 45 000 Mitglieder zählte, gegen 80 000 des sozialistischen und einige Tausende des polnischen und liberalen Verbandes; sie hielten sich für Herren der Lage und glaubten, jede Lohnbewegung lahmlegen und das Geschick der deutschen Bergarbeiter leiten zu können und so wurde dann von den drei Verbänden nach gründlicher Prüfung der gesamten Umstände und nach Erschöpfung aller Mittel einer stillen Durchsetzung ihrer Forderungen am 10. März 1912 der Streit verhandelt.

Von den 360 000 im rheinisch-westfälischen Bergbau beschäftigten Arbeitern befanden sich bald 220 000, darunter die meisten Unterirdischen, im Ausstand. Die christlichen Führer sahen ihren Plan mißlingen, zumal sich zahlreiche Mitglieder des christlichen Verbandes an dem Streit beteiligten. Wahrheitswidrig schreien sie jetzt über unerhörten Terrorismus, der angeblich von Ausländern an Arbeitern verübt wurde. Die liberale Presse erfand Schanden geschichten über Gewalttätigkeiten, denen die Nichtstreikenden ausgesetzt sein sollen. Der Zweck des Ganzen war, die Regierung zur Entsendung von Polizei und Militär zu veranlassen und auf diese Weise die Ausländer einzuschüchtern und wieder zur Arbeit zu treiben. Durch massenhaftes Aufgebot der bewaffneten Mächte, durch polizeilichen und militärischen Terrorismus sollte der Streit zunichte gemacht werden. Und es waren die christlichen Gewerkschaftsführer, der in Amerika bekannte Herr Giesberts voran, die in der Presse nach Polizei und Soldaten schreien und die bewaffnete Macht auf ihre kämpfenden Klassengenossen heften. Die Reaktion, die sich in Deutschland vollständig unter dem Einfluß der Kapitalisten und Volksfeinde befindet, folgte den liberalen Schreibern und massenhaft wurden Polizei und Militär nebst Maschinengewehren ins Streitgebiet entsandt. Der bewaffnete Terrorismus schüchtern viele Ausländer ein, sie kehrten zur Arbeit zurück und nach zehn Tagen mußte die Streikleitung den Ausstand für beendet erklären.

Was waren die Beweggründe für das schmählige Verhalten der christlichen Führer? Im Jahre 1905 hatte der christliche Bergarbeiterverband ehrlich und mannhaft den anderen Verbänden in einem vierzehntägigen Streit zur Seite gestanden. Warum jetzt, sieben Jahre später, dieser schmählige Verrat, der beispiellos ist, in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung? Einer der Gründe ist zu suchen in dem Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur Kirche. Schon vor dem Erlass der Gewerkschaftsencyklika hatten sich Ende 1910 die christlichen Gewerkschaftsführer den deutschen Bischöfen gegenüber verpflichtet müssen, auch in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen die Lehren der Kirche zu beachten. Und man weiß, daß darunter der soziale Frieden, die Enthaltung von großen wirtschaftlichen Kämpfen, die Hauptrolle spielt.

Dann kamen politische Gründe hinzu. Die Zentrumspartei wird in Rheinland und Westfalen immer mehr bedrängt von der Sozialdemokratie, und diesen Gegner abzuwehren, bedarf das Zentrum bei Wahlen der Hilfe der Liberalen. Da nun die großen Bergwerksbesitzer der liberalen Partei angehören, darf das Zentrum es mit diesen mächtigen Leuten nicht verderben. Herr Giesberts, der christliche Gewerkschaftsführer, verbannt sein Reichstagsmandat in Essen der Hilfe der großen Industriellen und ihrer gelben Kreaturen. Man versteht, daß bei Leuten dieser Art der Wunsch vorhanden ist, es mit den hohen Herren von Kohle und Eisen nicht zu verderben. Drittens kam hinzu die Rücksicht auf die Regierung, der man einen Dienst zu erweisen glaubte, wenn man sich

der Seite der guten Gesinnung und der Ordnungs-
liebe. Davon soll im letzten Artikel die Rede sein. Nach
bei dem letzten Bergarbeiterstreik gemachten Erfahrungen
sind die Dinge im christlichen Lager gegenwärtig so:

Die christlichen Gewerkschaften werden sich in Zukunft
größerem das Wirtschaftsleben erschütternden und das Kapital
gefährdenden Kämpfen nicht mehr beteiligen; sie werden,
so sie stark genug sind, diese Kämpfe zu verhindern suchen und
bei den offenen Streikbrüchen und den schmählischen Arbeiter-
verrat nicht scheuen. An kleineren Ausständen und da, wo
sozialistische Uebermacht ihre Mitglieder mitreißt, werden
sie sich beteiligen und das benutzen, um ihre Reputation als
Streikorganisation aufzupuhlen. Von der gesamten nicht
christlich organisierten Arbeiterchaft Deutschlands werden heute
christlichen Gewerkschaften auf eine Stufe mit den Gelben
gestellt.

VI.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland mit
großen Hoffnungen und Erwartungen ins Leben getreten.
Inzwischen sind zu einer Zeit, wo alles sich gegen die Sozial-
demokratie rüstete, hinter sich die starke Partei des Zentrums
und die noch stärkere Macht der Kirche, im Besitz eines
Programms, das allen Ordnungsparteien und Umsturzfeinden
feindlich gegenüber war, machten sich die Führer der christlichen Ge-
werkschaften auf einen gewaltigen Siegeszug ihrer Verbände
aus. Sie sahen sich im Geiste schon an der Spitze der
christlichen Arbeiterbewegung, deren Masse aus den christlich
organisierten Arbeitern bestehen sollte, während die Sozialisten
ein kleineres, vereinsamtes und verlorenes Häufchen aus-
machten. Diese Hoffnungen und Berechnungen sind ja nun arg getäuscht
worden. Das Umgekehrte ist eingetroffen. Den Kern und die
Masse der deutschen Arbeiterbewegung bilden die sozialistischen
Verbände mit ihren 2 1/2 Millionen Mitgliedern, neben denen
die christliche Bewegung mit ihren 350 000 Mitgliedern sich
als ein kleines, vereinsamtes und verlorenes Häufchen aus-
zeichnet. Und der zahlenmäßige Abstand zwischen den beiden
Bewegungen nimmt immer mehr zu. Wo die christliche Be-
wegung um 10 000 Mitglieder wächst, da wächst die sozialistische
um 100 000 und mehr.

Die deutschen Arbeiter haben erkannt, was mit den christ-
lichen Gewerkschaften los ist. Sie wissen, daß diese Umstände
der Herrschaft rückwärtlicher und volksfeindlicher Mächte
sind; der Bergarbeiterausstand und mehrere Vorkommnisse
dieser Art haben sie gelehrt, daß in den Reihen der christ-
lichen Organisationen der Streikbruch und schmählischer Arbeiter-
verrat heimisch ist. Deshalb bleibt der anständige und ver-
antwortliche Teil der deutschen Arbeiter diesen Verbänden fern
und überläßt sie jenen abelberatern und verblendeten Leuten,
die ihre Feinde für ihre Freunde ansehen. Die christlichen
Gewerkschaften haben nun allgemach eingesehen, was für eine
schlechte Rolle sie spielen. Umso größer ihre Wut auf die
sozialistischen Verbände. Im allgemeinen können sie diesen
Feinden anhaben, aber leider sind sie in einzelnen Gegenden
noch so stark, wie bei den Bergarbeitern und den Textil-
arbeitern, infolge ihrer Stärke doch noch in der Lage, etwaigen
Kämpfen gefährlich zu werden, wie das bei dem Berg-
arbeiterausstand der Fall war. Da die christlichen Verbände
den freien Arbeitern nichts mehr zu gewinnen haben, so
suchen ihre Führer, um den Ausfall wettzumachen, das Augen-
merk auf die in öffentlichen Betrieben angestellten Leute ge-
richtet. Man muß wissen, daß die Reichsregierung wie die
Landesregierungen in Preußen, Sachsen und anderen Bundesstaaten
den Beamten noch den in staatlichen Werkstätten tätigen
Arbeitern das Koalitionsrecht gewähren, mindestens aber strenge
aufsehen, daß die staatlichen Angestellten und Arbeiter nicht
den sozialistischen Verbänden angehören. Auf diese dem be-
sonderen Kommando unterstehenden Leute haben es die
christlichen Führer abgesehen, und da deren Zahl bei der
raschen Ausdehnung öffentlicher Betriebe in Deutschland sehr
schnell wächst, so wäre das allerdings eine Gelegenheit für sie,
in diesen Kreisen die Reihen ihrer Bewegung zu füllen.
Sie bedürfen dazu zweierlei: Erstens die Erlaubnis der Be-
hörden, die Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Be-
triebe unter christlicher Flagge zu organisieren. Um diese
Erlaubnis zu erhalten, haben sie für die Verbände dieser
Betriebe auf das Streikrecht verzichtet, das heißt, das Koalitions-
recht preisgegeben. Zweitens bedürfen sie dazu der Unter-
stützung der Regierung insofern, als diese ihnen die Konkurrenz
der öffentlichen Betriebe nach wie vor untersagt, sich den
sozialistischen Verbänden anzuschließen. Beides ist die Re-
gierung zu bewilligen bereit, wofür dann die christlichen Ge-

werkschaften gute Gesinnung und Wohlerhalten geloben mußten.
So wäscht hier eine Hand die andere. Regierung und christ-
liche Gewerkschaften haben sich in beiderseitigem Interesse zu-
sammengesunden, um weiten Kreisen der deutschen Arbeiter-
schaft ihre Selbstbestimmung, ihr Koalitionsrecht, ihr Streik-
recht zu nehmen. Man versteht bei diesem trauten Verhältnis,
daß die Regierung sich in Rom bemüht, um den Papst an
dem Verbot der christlichen Gewerkschaften zu hindern, und
daß andererseits die christlichen Gewerkschaftsführer beim letzten
Bergarbeiterausstand auf die Seite der Arbeiterfeinde traten
und mit der Regierung bemüht waren, den Streik in Polizei
und Soldaten zu erstickten. Die christlichen Gewerkschaftsführer
zählen zu den ärgsten Feinden gegen das Koalitionsrecht der
öffentlichen Angestellten und Arbeiter. In Bayern war bis-
her den Arbeitern der staatlichen Eisenbahnbetriebe bezüglich
der Organisation, der sie sich anschließen wollten, kein Hinder-
nis in den Weg gelegt. Als nun die bayerischen Eisenbahn-
arbeiter von diesem Recht Gebrauch machten und sich zahl-
reich dem auf moderner Grundlage beruhenden Eisenbahner-
verbande anschlossen, da kamen die christlichen Gewerkschafts-
führer und die führenden Leute der bayerischen Zentrums-
partei, denunzierten diesen Verband als sozialdemokratisch und
forderten von der bayerischen Regierung, daß dieser Verband
verboten wurde. Die Regierung hat diesem Ansinnen lange
widerstanden. Als dann aber mit dem Zentrumsführer Hertling
als Ministerpräsidenten eine echt clerikale Regierung in Bayern
ans Ruder kam, da war das Schicksal des Eisenbahnerverbandes
besiegelt. Es half nichts, daß er unter dem Zwange der Not
und zur Verhinderung seiner Auflösung erklärte, auf das
Streikrecht zu verzichten. Die Regierung verfügte, daß kein
Angestellter und Arbeiter der bayerischen Verkehrsverwaltung
dem genannten Eisenbahnerverbande angehören darf; und um
volle Arbeit zu machen, dehnt die Regierung das Verbot auch
auf die beiden sozialistischen Verbände der Metall- und der
Transportarbeiter aus. Und die Presse des Zentrums und
der ganze Chorus der christlichen Gewerkschaftsführer klatscht
Beifall zu der unerhörten Entregung der bayerischen Arbeiter!

Die christlichen Gewerkschaftsführer treiben gegenwärtig
unter dem Einfluß von Kirche, Zentrum und Regierung die
ärgste Gewaltpolitik gegen die andersdenkende Arbeiterschaft.
Man kann nur annehmen, daß die Leute sich in einem Zustande
der Verzweiflung befinden, daß sie sich vor der sozialistischen
Uebermacht nicht anders zu retten wissen, als durch Gewalt-
mittel, die jeder Solidarität, jedem proletarischen Bewußtsein
ins Gesicht schlagen. Selbstverständlich nützt ihnen das nichts.
Eine Bewegung, die von der Beugung des Rechts, von Streit-
bruch und Arbeiterverrat lebt, hat ihr Dasein verwickelt. Auf
diese Arbeiterschädlinge trifft das Wort zu, das jüngst ein
Führer der rein katholischen Organisation gesprochen hat:

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine innere Un-
wahrheit und deshalb wird sie, wie jede Unwahrheit, an sich
selber zu Grunde gehen müssen.“

Wie die Rundreise und die Vorträge beweisen, die der
klerikale Abgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer Gies-
berts in Amerika veranstaltet hat, soll die Politik des Zentrums,
des katholischen Volksvereins und der christlichen Gewerkschaften,
nach den Vereinigten Staaten exportiert werden. Mit der Ein-
führung von sozialen Kursen und Studienzirkeln fängt man an,
dann wird die Gründung von katholischen Arbeitervereinen und
christlichen Gewerkschaften folgen, und schließlich hat Amerika
die ganze Herrlichkeit der klerikalen Politik, wie sie in Deutsch-
land herrscht. Wir fühlen uns nicht berufen, den Bürgern
der Vereinigten Staaten politische Ratschläge zu geben. Aber
auf Grund unserer Erfahrungen in Deutschland, der Heimat
der christlichen Arbeiterbewegung, halten wir es doch für
unsere Pflicht, die amerikanischen Arbeiter zu warnen vor
den Sendboten der christlichen Gewerkschaften. Diese Organi-
sationen sind in Deutschland geschaffen worden, um die Arbeiter-
bewegung zu zersplittern und zu schädigen; sie stehen voll-
ständig unter dem Einfluß arbeitersfeindlicher Mächte und
trifft ihr Dasein nur dadurch, daß sie bereit sind, die Be-
strebungen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu durchkreuzen
und bei passender Gelegenheit ihren kämpfenden Klassengenossen
in den Rücken zu fallen. Wir haben den Wunsch, unsere
amerikanischen Brüder vor den bösen Erfahrungen zu behüten,
die wir in Deutschland mit den christlichen Gewerkschaften
haben machen müssen. Und zu diesem Zwecke raten wir
ihnen, den „christlichen“ Sendboten höflich aber entschieden
die Tür zu weisen.

Verbands-Angelegenheiten

An alle Verbandsmitglieder!

Noch immer hat sich die Opferwilligkeit unserer Verbandsmitglieder betätigt, wenn es sich darum handelte, Streitenden aus Anlaß des Weihnachtsfestes einen besonderen Unterstützungszuschuß zu gewähren. Die Kämpfe in Eisenberg, Fraureuth und Schorndorf werden zweifellos über Weihnachten hinaus geführt werden müssen und auch diesmal werden die Mitglieder gewiß gerne dafür sorgen wollen, daß es für die Streitenden und ihre Kinder am Weihnachtsabend nicht finster bleibt und daß insbesondere die Kinder an diesem Abend nicht die Wirkungen des Kampfes, sondern der Liebe und Solidarität verspüren. Die Geber werden gewiß auch in Betracht ziehen, daß es sich diesmal um hunderte von Mitgliedern handelt und daß die Kämpfe lange währen, steht doch z. B. die Arbeiterschaft der Firma Wilhelm Jäger in Eisenberg seit Juli im Streit.

Wir ersuchen die Zahlstellen, die Sammlungen sofort einzuleiten, die Gelder aber nicht direkt an die einzelnen Streitorte zu senden, sondern mit der ausdrücklichen Bezeichnung: „Für Weihnachten“ an den Verbandskassierer Wilhelm Herden, Charlottenburg, Köpenickerstr. 3. Der Vorstand wird dann den Ertrag unter Berücksichtigung der Zahl der Beteiligten und der Dauer der Streiks an die einzelnen Streitorte und dann in Verständigung mit den Verwaltungen derselben nach Maßgabe der Billigkeit verteilen.

Die Sendungen an den Verbandskassierer werden bis spätestens 15. Dezember erbeten. Soweit an diesem Termin noch Listen in Umlauf sind oder gezeichnete Beiträge wegen ausstehender Lohnzahlung noch nicht eingehoben sein sollten, wollen die Verwaltungen dem Verbandskassierer mitteilen, welchen ungefähren Betrag er noch zu erwarten hat. Die Verbandskasse wird dann einweilen diesen Betrag auslegen.
Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Wie in letzter Nummer der „Ameise“ unter Eisenberg berichtet wurde, hatte die dortige Streitleitung ermittelt, daß für die Firma Wilhelm Jäger von den drei anderen Firmen Streitarbeit geliefert wurde und demzufolge die organisierte Arbeiterschaft dieser drei Betriebe die Arbeit aufändigte. Die betreffenden Firmen haben sich bei und nach der Kündigung bezüglich der behaupteten Streitarbeit nicht geäußert. Unsern Vorstand ging nun vom Schupverein deutscher Porzellanfabriken die Mitteilung zu, daß er festgestellt habe, es handle sich nur um Lagerware im Werte von 120 Mark, die in dem vielmonatigen Streit an die Firma Jäger geliefert worden sei. Gleichzeitig kündigt der Schupverein eine Aussperrung an für den Fall, daß die Arbeiter ihre Kündigungen bis zum 4. Dezember nicht zurückgezogen haben.

Der Vorstand hat den Eisenberger Kollegen für den Fall, daß die Behauptung des Schupvereins nicht entkräftet werden kann, die Zurückziehung der Kündigungen nahegelegt. Die Entscheidung wird den Zahlstellenverwaltungen derjenigen Orte, an welchem sich Schupvereinsfirmen befinden, bis spätestens Freitag, den 5. Dezember, abends, brieflich zu gehen.

Verwaltungswahlen für 1914.

Laut § 32 Ziffer 1 des Statuts sind im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellenverwaltungen vorzunehmen.

Dabei ist Folgendes zu beachten: Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind, jeder in einem besonderen Wahlgange, per Stimmzettel zu wählen.

Für Zahlstellen von 50—100 Mitgliedern ist außerdem ein Beisitzer zu wählen. Für je weitere angefangene 50 Mitglieder ist die Wahl eines weiteren Beisitzers erforderlich. Die Wahl der Beisitzer erfolgt ebenfalls per Stimmzettel, kann aber in einem gemeinsamen Wahlgange erfolgen.

In gleicher Weise hat 1—5 Revisoren zu wählen. Die Wahl von Stellvertretern ist nicht erforderlich, weil im Statut nicht vorgesehen.

Je nach Umständen können auch Unterkassierer gewählt werden (§ 32 Ziffer 2 St.); einen statutarischen Anspruch auf Entschädigung, wie der Kassierer, haben diese jedoch nicht. Etwaige diesbezügliche Vereinbarungen mit den Kassierern müssen den letzteren überlassen bleiben.

In derselben Versammlung, in welcher die Verwaltungswahlen vollzogen werden, ist auch ein Organ-Empfänger zu wählen. Es empfiehlt sich, den Kassierer dafür zu bestimmen, weil demselben sämtliche Verwaltungs-Materialien zugefand werden müssen, welche dann den Organisierungen beigelegt werden können.

Um eine ausreichende Kontrolle der Mitglieder zu ermöglichen, welche Krankengeldansprüche beziehen, empfiehlt es sich in jeder Zahlstelle einen oder mehrere Kontrolleure zu wählen.

Wählbar in die Zahlstellenverwaltungen sind alle Mitglieder, welche mindestens drei Monate dem Verbandsangehören (bei neu gegründeten Zahlstellen findet diese Bestimmung keine Anwendung). Der Vorsitzende und der Schriftführer, welche gemeinschaftlich die Zeichnung für die Zahlstelle zu vollziehen haben, müssen großjährig sein. Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Mitglieder, welche bereits ein Jahr lang der Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, sind allein berechtigt, eine Wahl abzulehnen, jedoch ist Wiederwahl zulässig.

Mit Nr. 48 „Ameise“ erhalten die Organ-Empfänger jeder Zahlstelle ein Formular, in welches die Mitgliedsnummern und Namen der Gewählten in deutlich lesbaren Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung (Straße und Hausnummer) einzutragen sind.

Auch die neugegründeten Zahlstellen wollen ein ausgefülltes Formular wieder mit einbringen.

Dieses Formular ist von der Verwaltung zu unterzeichnen und spätestens bis zum 12. Januar 1914 an den Unterzeichneten einzusenden.

Joh. Schneider, Verbands-Schriftführer.

Entscheidungen der Beschwerdekommision.

Sitzung vom 26. November 1913.

Mitglied 10298, N. beschwert sich wegen Verweigerung der Unterstützung. Die Beschwerde mußte abgewiesen werden, und zwar aus folgenden Gründen: Im Januar will Mitglied in E. arbeitslos gewesen sein. Als Einzelmitglied wandte es sich nach B. an den Kassierer. Dieser soll nach Ansicht des Mitgliedes den Unterstützungsantrag nicht an den Vorstand gesandt haben. Das Mitglied hat sich aber während seiner angeblichen Arbeitslosigkeit nicht mehr gerührt, sich auch nicht an den Hauptvorstand gewandt. Erst am 30. 7. 1913 ließ Mitglied durch die Zahlstelle N. dem Hauptvorstand von seinem Unterstützungsantrag Kenntnis geben. Es kommt noch hinzu, daß das Mitglied selbständig war und seinen Arbeitsplatz dann freiwillig nicht aufgeben durfte ohne Genehmigung des Vorstandes. Außerdem hat das Mitglied die statutarische Frist zur Einreichung der Beschwerde überschritten.

Mitglied 5580, N. beschwert sich wegen Verweigerung von Fahr- und Umzugsgeldern für seine Familie. Die Beschwerdekommision ist der Auffassung, daß das Mitglied die Umzugskosten zu Recht zu erhalten hat und bewilligte diese.

Die Mitglieder 40292, 45926 D. beschwerten sich wegen Verweigerung von Maßregelungsunterstützung. Die beiden Mitglieder sind am 14. 9. entlassen worden und haben beim Kassierer Arbeitslosenunterstützung beantragt. Mit keiner Erlaubnis ist in den Formularen, welche uns vorliegen, Maßregelungsunterstützung erwähnt. Erst im Schreiben des Kassierers in D. vom 28. 9. 13. ist davon die Rede. Die Einwendung, daß die Firma die alten Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen suche, um billigere Arbeitskräfte zu erlangen, selbst der Ausdruck des Firmeninhabers: „Wer sich organisiert, ist kein anständiger Mensch“, läßt nicht auf Maßregelung schließen. Als Maßregelung kann nach dem Statut nur gelten: Entlassung wegen Verbandszugehörigkeit oder Verbandstätigkeit, zu der ein Mitglied beauftragt wurde. Diese Voraussetzungen treffen aber hier nicht zu. Die Beschwerdekommision hat deshalb die beiden Anträge abgelehnt.
Engelb. Bartel, Vors. Oskar Holzheuer, stellv. Schriftf.

Situationsbericht. In Eisenberg, Firma W. Jäger, dauert der Streit unverändert fort. Die Arbeiter der übrigen Eisenberger Firmen, mit Ausnahme von Bremer & Schmidt, stehen in Kündigung. Zugang ist streng fern zu halten. Auch in Fraureuth ist eine Menderung nicht eingetreten.

Schorndorf sucht fortgesetzt Dreher, Maler usw., die dem „Berliner Verbands“ nicht angehören. Es scheint geradezu ein moderner Sport der Porzellanfabrikanten unserer Lage geworden zu sein, Arbeiter zu suchen, die dem verhassten „Berliner Verbands“ nicht angehören. An unsern Kollegen wird es liegen, dafür zu sorgen, daß den Unternehmern begreiflich gemacht wird, daß das Koalitionsrecht, von welchem die Unternehmer selbst in ausgiebigstem Maße Gebrauch machen, auch für die Arbeiter vorhanden ist.

Auch Planckenhämer sucht Leute, die dem Berliner Verband nicht angehören. Besser wäre es, für Planckenhämer würden Leute gesucht, die den Betrieb rationell zu bewirtschaften verständen.

Auch Neumünster will nur noch Nichtmitglieder be-
stigen. Dort werden in der Hauptsache Leute gebraucht,
genügend Geld mitbringen können, und solche „Glücklichen“
ste es auch unter den Unorganisierten nicht allzu viele geben.
Röppelsdorf, Firma Hering & Sohn, sucht eben-
falls Unorganisierte. Ausgerechnet bei Hering & Sohn sollen
Löhne noch zu hoch sein; weil die Firma weiß, daß
organisierte sich einer Herabsetzung der Löhne widersetzen
werden, werden Unorganisierte gesucht, die mit allem von
ihnen zufrieden sein müssen, was ihnen vom Unter-
nehmer beschert wird. Man munkelt, daß das Geld knapp
worden ist bei Hering & Sohn und mutmaßt, daß auf
Kosten der Arbeiter der Betrieb wieder saniert werden soll.
Die Firma ist gesperrt.

In Martinlamitz, Firma Kronester & Co. dauert
Streik unverändert fort.

In Liegnitz bestehen die Differenzen fort. Bezug ist
nicht zu halten.

In Weiden, Firma Selmann, werden Verbandsmit-
glieder nicht geduldet. Einige Mitglieder, darunter Funktionäre
anderer Zahlstelle sind wegen ihrer Verbandsangehörigkeit, bezw.
Mitgliedschaft für den Verband entlassen worden, deswegen wurde
eine Sperre verhängt.

In Oesterreich dauern die Kämpfe in Horn bei
Klabad, Firma Behringer, Meretitz bei Klösterle, Firma
Kroner & Co., noch unverändert fort. Die Differenzen in
Linz, Firma Beermann, Lubau bei Pödersam, Firma
Gebr. Martin, bestehen ebenfalls unverändert fort. Bezug
auf allen diesen Orten ist streng fern zu halten.

J. Schneider.

Aus unserem Berufe

Arbeitsmarkt im Oktober. Ueber den Beschäftigungsgrad
in Porzellan- und Steingutindustrie schreibt das Reichs-
Anzeigerblatt:

In der Steingutindustrie war die Beschäftigung im all-
gemeinen ausreichend. Einige Fabriken klagen über empfind-
liche Absatzrückungen. Gegen den Vormonat hat eine Ver-
mehrung stattgefunden, die auf die große Zurückhaltung
der Käufer infolge der ungünstigen Geldverhältnisse, der durch
steigende und soziale Auflagen sowie durch erhöhte Lebens-
mittelpreise verteuerten Lebensverhältnisse zurückgeführt wird.
In und dort sind Arbeiterentlassungen und Betriebseinschrän-
kungen in kleinerem Umfang vorgekommen.

Die Porzellanindustrie war gut beschäftigt.

Die Schutzmarken des Meißener Porzellans. Unter den
Schutzmarken des Meißener Porzellans befindet sich ein Mono-
gramm der Buchstaben M R (Augustus Rex). Dieses Zeichen
wird nicht mehr angewandt, es befindet sich vielmehr nur auf
alten Porzellanen aus dem 18. Jahrhundert. Der Fabrik-
besitzer Armin Richter aus Glaue i. Th. kennzeichnete Por-
zellan, das er bereits glasiert aus Fabriken bezog und be-
halte, mit einem Monogramm M. R. (Armin Richter), das
mit der Altmeißener Schutzmarke bis auf wenige unwesentliche
Ähnlichkeiten war. Das Landgericht Erfurt sprach
Richter von der Anklage, gegen das Schutzrecht des sächsischen
Staates verstoßen zu haben, frei, da er das Monogramm M. R.
zur Zeit der Verwendung nicht als Warenzeichen der Meißener
Manufaktur kannte, sondern in dem guten Glauben, es sei noch
frei und stehe ihm als Abkürzung seines Namens zur Ver-
fügung, von einem Künstler zeichnen ließ. Das Königl.
sächsische Finanzministerium legte als Nebenklager Revision
ein, die nach dem Antrage des Reichsanwalts als unbegründet
abgewiesen wurde.

Neumünster. Am 28. und 29. November sind die or-
ganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen worden, nach-
dem die Kündigungszeit abgelaufen war. Die meisten der
Kollegen sind bereits in die Heimat abgereist. Der Herr Ge-
richtsstellhaber Möller ging bei den Entlassungen sehr schneidig
zu Bogen. Als am Freitag einige der organisierten Mädchen,
die in der Bäckerei beschäftigt waren, das freche Benehmen
einer unorganisierten Arbeiterin, einer Erna Rohwasser, Tochter
des Malers Rohwasser, in gebührender Weise zurückwiesen,
daß Herr Möller der Rohwasser den Rat, die Arbeiterinnen
in die Presse zu hauen. Dann forderte er mehrere mit
Drohungen auf, den Betrieb zu verlassen, wobei er einen
Knüttel in die Hand nahm. Wir überlassen es den Lesern,
ob ein Urteil über den Bildungsgrad dieses Herrn zu bilden.
Wir hoffen, daß sich niemando wieder durch Arbeitsannahme

in diesem Eldorado ins Unglück stürzen wird, denn es ist nicht
das erste Mal, daß die Stadtgemeinde Armenunterstützung
für solche Irregelmäßigkeiten zahlen mußte. Auch konnten schon Ar-
beiter ihren verdienten Lohn nicht bekommen.

Plankenhammer. In der Porzellanfabrik Plankenhammer
sind am 22. November die Arbeiter und Arbeiterinnen in den
Ausstand getreten. Es wurde den Arbeitern zugemutet, nach
einer neuen Lohnliste, welche eine Reduzierung der Löhne
von 30 bis 50 Prozent vorseht, zu arbeiten. Die Einigungs-
vorschläge, die die Kollegen Schneider und Bredow den In-
habern machten, wurden abgewiesen. Den Herren ist die Or-
ganisation ein Dorn im Auge und mit allen Mitteln arbeitet
unser Herr Direktor Jakob darauf hin, unsere Zahlstelle zu
zersplitteln. Die besten Förderer der Organisation wurden
zu Oberrn gemacht, die anderen gemäßigelt und als dieses
alles nichts half, als immer wieder neue Kollegen an die
Spitze traten, da wurde zum vernichtenden Schlage ausgeholt.
Unsere Kollegen halten sich tapfer und gelingt es uns, den
Zug von auswärts zu unterbinden, so muß und wird der
Sieg unser sein.

Schorndorf. Der Streik in hiesiger Porzellanfabrik geht
unverändert weiter. Da die Firma den Annäherungen der
Arbeiterschaft stets aus dem Wege ging, so ist es bis jetzt
noch nicht zu Verhandlungen gekommen. Bezug ist bis jetzt
von ausschlaggebenden Porzellanarbeitern noch nicht zu ver-
zeichnen, was ein gutes Gelingen des Kampfes in Aussicht
stellt. Möge daher ein jeder Kollege noch weiter dazu bei-
tragen, daß jeder Bezug von gelernten Leuten nach Schorn-
dorf unterbleibt.

Schmiedeburg. Die Firma Gebr. Pohl vor dem Gewerbe-
gericht. Der Porzellanarbeiter R. und dessen Ehefrau erhoben
vor dem hiesigen Gewerbegericht Klage gegen die Firma
Gebr. Pohl wegen kündigungsloser Entlassung. Der Klage-
lag folgender Tatbestand zu Grunde: Die Eheleute R. standen
bis zum 10. v. M. bei der belagten Firma in Arbeit. An
diesem Tage morgens erhielten sie die Kündigung mit dem
Bemerken, daß Arbeitsmangel herrsche. Daß dieser Entlassungs-
grund nur vorgeschützt war, sollten sie jedoch bald erfahren,
denn eine Stunde nach der Kündigung erfolgte ihre plötzliche
Entlassung, bei der ihnen unverblümt die Zugehörigkeit zum
Porzellanarbeiterverbande als Entlassungsgrund angegeben
wurde. Darauf erfolgte die Klage gegen die Firma, da die
Zugehörigkeit zu einer Organisation natürlich kein Grund zu
einer kündigungslosen Entlassung ist. Aus der charakteristischen
Verhandlung, bei der die belagte Firma wenig Vorbeeren
erntete, heben wir folgendes hervor: Der Vertreter der Firma,
Oberleutnant v. Betheny, beantragte die Abweisung der Klage.
Er sei vom Betriebsleiter Jerisch telephonisch von der Kün-
digung der Kläger in Kenntnis gesetzt worden. Die Kündigung
sei wegen Mangel an Arbeit erfolgt. Eine Stunde darauf
habe ihm Jerisch ebenfalls telephonisch die Mitteilung gemacht,
daß der Kläger zu Jerisch geäußert habe, daß die Kündigung
beläme die Firma keine Ruhe vor der Organisation, jetzt
werde dieselbe erst recht ausgebaut werden! Darauf habe er
Jerisch den Auftrag erteilt, die Kündigten sofort zu entlassen.
Der Kläger R. hob dagegen hervor, daß von Arbeitsmangel
keine Rede sein konnte, da bereits am andern Tage wieder
Arbeiter angenommen worden seien. Der Vertreter der Firma
ließ nun seine Zeugen aufmarschieren, und zwar die Betriebs-
beamten Jerisch, Sagasser, Hallinger, Redinger und den Fuhr-
unternehmer Schneider. Mit Ausnahme des Redinger befanden
sich sämtliche Zeugen im Kontor, als den Klägern von Jerisch
gelündigt wurde. Zunächst wurde der Betriebsleiter Jerisch
vernommen. Er bestätigte die Aussagen des Vertreters der
Firma und fügte noch hinzu, daß sich R. ihm gegenüber ge-
äußert habe, er (Jerisch) würde ebenso einmal wegen Ver-
trügereien herausfliegen, wie es früher einmal bei Hirschberger
Angestellten der Fall war; in diese Bude müsse einmal der
Blick hineinfahren! Der Kläger R. bestritt diese Angaben
ganz entschieden, er habe lediglich erklärt, daß, wenn Jerisch
einmal herausfliege, er als Arbeiter gehen müsse, so gut wie
er (der Kläger). Gegenüber dieser mit großer Bestimmtheit
gemachten Aussage und dem sehr unklaren Auftreten des
Zeugen Jerisch beschloß das Gericht von einer Vertheidigung
des Jerisch vorläufig Abstand zu nehmen. Die weiteren
Zeugen Sagasser, Hallinger, Redinger und Schneider bekundeten
übereinstimmend unter ihrem Eide, von der angebliehen
Äußerung des Klägers R., daß Jerisch einmal wegen Ver-
trügereien herausfliegen werde, nichts gehört zu haben!
Jerisch blieb jedoch trotz mehrmaligem Vorhalten des Vor-
sitzenden bei seinen Aussagen. Das Gericht beschloß hierauf
den Zeugen Jerisch nicht zu vertheidigen! Der Vorsitzende des

Gewerbegerichts gab sich die redlichste Mühe, die Kläger zur Zurücknahme der Klage zu bewegen. Das Gericht sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich der Kläger anständig benommen habe! Es bliebe sich gleich, ob er gesagt habe, Jersich werde einmal wegen Betrügereien herausfliegen, oder ob die Äußerung so gelautet habe, wie durch die Zeugenaussagen festgestellt wurde! Die Kläger lehnten jedoch die Zurücknahme der Klage ab. In dieser Situation kam dem Vorsitzenden ein rettender Gedanke. Er ließ eine Arbeitsordnung herbeischaffen und siehe da, die Firma war plötzlich aus dem Dilemma heraus! Der Vorsitzende erklärte, daß die Firma insolge der Beleidigungen (?) zur sofortigen Entlassung der Kläger berechtigt gewesen sei. Nach der Arbeitsordnung genüge aber bereits ungebührliches Benehmen gegen Vorgesetzte, daher sei die Klage abzuweisen.

Der Herr Oberleutnant erklärte noch, daß er ihm feindlich gesonnene Leute nicht in seinem Betriebe dulden könne; durch die Organisation würde nur der Friede und das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das so viele Jahre bestanden habe, (bei 6—15 Mk. Lohn!) zerstört. Man könne nicht von ihm verlangen, daß er die Schlinge an seinem Busen nähere! Gerade die Erdmannsdorfer Fabrik sei die modernste und mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet! Auch zahle er die höchsten Löhne! Als dem Herrn Oberleutnant vom Kläger vorgehalten wurde, daß gerade das fortwährende Reduzieren der Löhne die Unzufriedenheit der Arbeiter wachgerufen habe, erklärte Herr v. Betheny mit Seelenruhe: Wem dies nicht gefällt, der muß eben kündigen!

So steht also das gute Einvernehmen der Arbeiter und der Fabrikleitung aus. Wem's nicht paßt, kann gehen. Gesetzlich gewährleitetes Koalitionsrecht der Arbeiter? Gibi's nicht in meinem Betriebe! Dafür aber die höchsten (!) Löhne und mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattete Fabriken! Nur langsam; tausende Unternehmer, die ihren Herr-im-Hause-Standpunkt noch schreffer betonten, sind durch die Macht der Arbeiterorganisationen zu der Einsicht gebracht worden, daß allzu scharf geschliffen schartig macht! Gerade das Vorgehen der Unternehmer, wie es durch diese Gewerbegerichtsverhandlung festgestellt wurde, schafft den Boden, auf dem die Organisation trefflich gedeiht. Der eine fällt, die andern kommen nach und füllen die Lücken — trotz alledem und alledem!

Die Wiedergabe der Verhandlung ist natürlich stark gekürzt. Trotzdem mutet es uns recht sonderbar an, wie hier „verhandelt“ wurde. Es ist nur tief bedauerlich, daß gegen eine solche Gewerbegerichtsentscheidung keine Berufungsinstanz offen steht.

Dazu schreibt unser Gauleiter: Mit der mit „allem Komfort der Neuzeit“ ausgestatteten Erdmannsdorfer Fabrik und mit den drei anderen, die, abgesehen von dem neuen Contorgebäude in Schmiedeberg, noch viel „komfortabler“ und „neuzzeitlicher“ ausgestattet sind, werden sich in nächster Zeit die zuständigen Gewerbeinspektoren eingehender als bisher zu beschäftigen haben. Hoffentlich werden sie schon durch diesen Artikel dazu veranlaßt, öfter mal unaufgefordert zu kontrollieren. Was würden sie da alles finden!!—

Ueber die „höchsten Löhne“ werden wir ja noch öfter Schilderungen bringen. Da werden unsere Porzellaner Frauen, wie die „Löhne“ da sind, wo unsere Berufscollegen bis jetzt sich um ihre gewerkschaftliche Organisation noch nicht bekümmert haben, bis auf einige, die im Fabrikarbeiterverbande Mitglieder waren.

Für heute nur ein kleines Beispiel, wie diese „höchsten Löhne“ zustande kommen und wie „kalkuliert“ wird. Auch höchst modern natürlich, der Neuzeit entsprechend, à la Taylor.

Die Glaxurer belamen im Sommer 1912 in der Haselbacher Fabrik, wer über 8 Mark verdiente, 25 Pfg. Prämie, über 10 Mk. 35 Pfg., über 12 Mk. 50 Pfg., über 15 Mk. 1 Mk. In Erdmannsdorf hieß es eines schönen Tages: Wer mehr als 8000 Stk. Flaschenstopfen stanzt pro Tag, bekommt pro Tausend 5 Pfg. Prämie. Aber nur für die vom 9. Tausend ab.

Wenn man durch dieses kalkulierte System die höchste Leistungsfähigkeit erzielt hätte, war immer die Folge, ein Reduzieren der Prämie. Und es waren nicht etwa Verdienste erzielt worden von wöchentlich 30 Mark, sondern höchstens 18 bis 20 Mark. Das war ein seltener Ausnahmefall.

Auch für Contoristen will man allem Anschein nach bei dieser Firma nichts mehr ansetzen, oder vielleicht noch nicht mal sozial. Deswegen hat man sich für die schriftlichen Contorarbeiten wahrscheinlich Kinder engagiert. Denn ein Contorist, der doch in die Schule gegangen sein muß, kann nicht folgen- demmaßen schreiben:

An den Stanger — — — — —
Hiermit kündigen wir Ihnen die Arbeit in 14 Tagen
Haselbach, den 25. Oktober 1913.

(Unterschrift.)

An den Arbeiter — — — — —
Hiermit kündigen wir Ihnen die Arbeit in 14 Tagen
Haselbach, den 25. Oktober 1913.

(Unterschrift.)

Es liegt uns zwar noch massenhaft Material über schauerhaften Zustände dieser Betriebe vor, welches wir auch noch veröffentlichen werden. Wir bitten aber trotzdem alle Arbeiter und Arbeiterinnen aus diesen Betrieben der Gauleiter des Porzellanarbeiterverbandes, Martin Hirsch, Waldenburger in Schleifen, Hermannstraße 12, über alle Ungerechtigkeiten, Unglücksfälle und sonstige Mißstände ausführlich und wahrheitsgetreu Mitteilung zu machen, damit die Öffentlichkeit darüber unterrichtet werden kann. (Die Namen der Einsender werden nie verraten oder bekannt gegeben werden.) Den Beschäftigten dieser Betriebe aber rufen wir zu: Rafft euch auf, organisiert Euch, wie die anderen Porzellanarbeiter im Reich im Porzellanarbeiterverband. Wir wollen nicht ruhen noch rasten bis auch im schönen Riesengebirge in den Porzellanbetrieben menschenwürdige Zustände eingeführt sind.

Volkstede. Bei der Firma Wäermann & Frihe reichlich bekanntlich unsere Mitglieder vor einiger Zeit Forderungen ein. Anfänglich versuchte die Firma, die Arbeiterschaft mit nur geringen Zugeständnissen abzufertigen. Als jedoch unsere Kollegen an den gestellten Forderungen festhielten und im Anschluß daran Verhandlungen der Firma mit unserem Gauleiter Hoffmann zustande kamen, kam die Firma weiter entgegen, sodaß die Bewegung nicht mit folgendem Resultat abgeschlossen werden konnte: Die Wochenlöhne der Maler, Formen-Abgießer, Pader, Brenner usw. wurden um 1,50 bis 2 Mk. erhöht; dem Brenner wird ein halber Tag nach dem Ausbrennen frei gegeben; für Ueberstunden wird für alle Mitteilungen ein Zuschlag von 10 Pfg. und für Sonntagsarbeiten ein solcher von 15 Pfg. gezahlt; die Stücklöhne bei den Malern wurden bei einer größeren Anzahl bis zu 40 Prozent erhöht; Preislisten werden für alle in Frage kommenden Abteilungen anerkannt; Handbücher werden von der Firma allen Abteilungen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt; der Sonnabendabend wird auf 2 Uhr festgesetzt.

Lidköping (Schweden). Wie uns berichtet wird, haben die Maler und Drucker am 15. November die Arbeit wieder aufgenommen. Außer einigen kleinen Zugeständnissen wurde nichts erzielt. Das Kontrollmarkensystem, das den Hauptgrund der Differenz bildete, bleibt bestehen. Trotzdem die Bewegung nach einem uns von der Firma zugegangenen Bericht nicht aus Lohn Differenzen entsprang, sind die dortigen Löhne nicht derartig hoch, daß sie denische Kollegen zur Arbeitsannahme in Lidköping veranlassen könnten. Der höchste Jahresverdienst bei den Malern betrug bei wöchentlich 55 1/2 ständiger Arbeitszeit gegen 1200 Kronen. Erst seit dem 1. Juni ds. Js. ist eine Erhöhung eingetreten. Voricht ist also auf alle Fälle zu empfehlen.

Uersammlungs-Berichte etc.

Fraureuth. In der am 25. November abgehaltenen Versammlung wurde die gegenwärtige Situation erörtert. Gauleiter Hoffmann sprach sich dahingehend aus, daß die Situation für die Streitenden eine sehr günstige sei. Einzelne Arbeitswillige, die den Streitenden in den Rücken gefallen sind, ändern an der Sachlage nichts. Im Gegenteil, dadurch wird das Solidaritätsgefühl der im Kampfe stehenden Kollegen gehoben. Kollege Hoffmann berichtete ferner über die Taten des Aufsichtsratsmitgliedes Herrn Felix Singer, der früher in Mannheim als Direktor fungierte. Der Bericht zeigte den Anwesenden, welchen Druck dieser Herr auf die Arbeiter ausübt. In der Diskussion brachten verschiedene Kollegen zum Ausdruck, daß den Arbeitern durch derartige Maßregeln eine Last aufgebürdet wird, die geeignet ist, ihnen das Leben zu verkürzen. Zum Schluß wurde nochmals an das Solidaritätsgefühl der Streitenden appelliert. Die Kollegen sind gewillt, einmütig auszuhalten.

Großschönbach. Die öffentliche Porzellanarbeiterversammlung am 18. d. M. war grade nicht allzugut besucht. Gauleiter Bredow hielt seinen Vortrag, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Er führte ungefähr aus: Im grauen Altertum war es nicht so wie heute, daß es eine besitzende und eine besitzlose Klasse gab. Jede Gemeinde verlor alljährlich ihren Grund und Boden an die Gemeindeglieder. Desgleichen wurden auch jedes Jahr die Gemeindevorsteher, Schiedsrichter (Bürgermeister), und dergleichen gewählt. Durch die alljährliche Verlosung kam es aber zu Mißheiligkeiten und es wurde nur noch alle 2, 3, auch 5 Jahre verlost, bis so nach und nach der Grund und Boden zum Privateigentum wurde. Ebenso wurde es mit

den öffentlichen Aemtern, bis auch diese erblich wurden. Zum größten Teil wurden dann die reichsten und angesehensten Personen, nachdem Grund und Boden Privateigentum geworden war, als Gemeindevorsteher und dergleichen gewählt. Ob diese die genügende Erfahrung hatten, oder ob sie tauglich für derartige Aemter waren, blieb Nebensache. Leider haben wir dies ja auch heute noch in den ländlichen Bezirken. Durch die Entwicklung der Dampfkraft und der Technik kamen andere wirtschaftliche und politische Verhältnisse. Durch den stetigen Fortschritt entstand die Mehrproduktion und dadurch das Kapital. Die Einführung der Maschine brachte für die arbeitende Bevölkerung keinen Vorteil. So kam es auch vor, daß das erste Dampfschiff auf dem Rhein von Schiffen beschossen und die erste Eisenbahn im Taunus von Bohnkutschern mit Steinen beworfen wurde. Beide fürchteten dadurch die Gefährdung ihrer Existenz. Die technische Entwicklung griff auch in der Porzellanindustrie Platz. Doch wurden dadurch die Löhne nicht besser. Wir erinnern nur an die Einführung der Spritzmaschine und den Buntdruck. Jeder intelligente ungelernete Arbeiter kann an die Spritzmaschine gestellt werden. Wie sich die Dampfmaschine eingebürgert hat, zeigt folgendes Bild: Im Jahre 1897 gab es 428 Dampfmaschinen mit 7200 Pferdekraften, im Jahre 1901 dagegen 70 832 mit 2 Millionen Pferdekraften. Heute sind es noch bedeutend mehr. Auch konnte man sich früher mit dem Arbeitgeber selbst verständigen, weil dieser zum größten Teil selbst mit tätig war. Heute haben es die Herren Unternehmer nicht mehr nötig, da ihnen das Geschäft soviel abwirft, um anständig leben zu können und außerdem noch schöne Summen zu erübrigen. Das Kapital konzentriert sich immer mehr und mehr. Aktiengesellschaften über Aktiengesellschaften werden gegründet. Einzelne Unternehmer in den verschiedenen Industriezweigen sind nicht mehr maßgebend, sondern müssen sich den einzelnen Monopolen, Syndikaten usw. anschließen. 1908/1909 gab es insgesamt 2539 Aktiengesellschaften mit 8 Milliarden, 270 Millionen Mark Kapital, 1912 dagegen 3729 mit 11 Milliarden, 427 Millionen. Was für Gewinne diese Gesellschaften einstreichen in der Porzellanindustrie, zeigt uns folgendes Bild: Im Jahre 1911 erzielten an

Aktiengesellschaft Ilmenau	37 116	Mark
Bimbach	49 936	"
Günthersfeld Gehren	100 141	"
Kloster-Weisborj	145 241	"
Rosenthal-Selb	600 767	"
Triptis	697 554	"
Kahla	1 141 592	"

Wir sehen, daß noch schönes Geld mit der Herstellung des Porzells verdient wird. Und trotzdem wagen sich die Herren Porzellanfabrikanten, ihren Arbeitern zu sagen, sie könnten kaum noch auskommen. Sagte nicht erst leghin ein hiesiger Unternehmer, wenn er nicht hätte, daß die Gießer solch hohe Löhne erzielten, wäre auch er ein solcher geworden. Einen größeren Faustschlag konnte dieser Arbeiter der hiesigen Arbeiterchaft nicht geben. Daß hier in unserem Lande die Porzellanfabrikation ebenfalls schöne Gewinne abwirft, bezeugen uns doch die verschiedenen Neu- und Anbauten. Auch die Firma J. G. Harraß vergrößert jetzt ihren Betrieb. Mögen die Arbeiter bei dieser Firma nun auch endlich einmal zur Einsicht kommen und den Weg zur Organisation finden. Um bessere, menschenwürdigere Arbeitsbedingungen zu erhalten, ist es notwendig, daß sich die Arbeiterchaft einer Berufsorganisation anschließt. Kein Arbeiter kann sich heute Millionen machen und auf freiwillige Lohnzulage rechnen. Jede Lohnzulage will erkämpft und errungen sein. Die gewerkschaftlichen Organisationen bedeuten für die Unternehmer eine Macht. Eine Macht, die dort, wo die Organisation eine Strafe ist. Trotz allen behördlichen Hindernissen steigert sich die Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften immer mehr. 1891 gab es 277 695 organisierte Arbeiter, 1912 waren es 2 530 390, davon 216 462 weibliche. Bald dürfte die dritte Million erreicht sein. Gewiß Erfolge und Beweis, daß die Einrichtungen der Organisationen gute sind. Darum Kolleginnen und Kollegen, organisiert Euch, damit nicht der Unternehmer mit Euch machen kann, was er will. Tragt dazu bei, Eure wirtschaftliche Lage zu verbessern, denn das seid Ihr Euch und Eurer Familie schuldig! Wie manche Kollegen habt Ihr zu Grabe getragen und habt nicht daran gedacht, daß auch Ihr mitschuldig seid an dessen frühem Tode. Schuldig seid Ihr, da Ihr es veräußert habt, durch die gewerkschaftliche Organisation Euch in sanitärer Beziehung mehr Schutz für Eure Gesundheit zu erkämpfen. Oder wollt Ihr zu denen gehören, die in ihrem Alter auf die Frage der Kinder: "Vater, hast du auch zu denen gehört, die die wirtschaftliche Lage verbessern halfen?" mit einem Nein antworten müssen?

Sterbetafel.

- Judenbach.** Ehrhardt Grünwald, Dr., geb. am 14. Juli 1863, gest. 7. November an der Porzellanmerkrankheit. Krankheitsdauer 2 1/2 Jahre.
- Charlottenburg.** Heinrich Kauer, Dr., geb. 1. Februar 1846 i. Hermsdorf i. Schl., gest. 31. Oktober an Lungenerkrankung. — Gustav Schöneberg Werkmeister, geb. 4. November 1852 hier, gest. 28. November an Asthma.
- Sophienau.** Richard Zuderer, Dr., geb. 9. April 1864 in Aich in Böhmen, gest. 25. Oktober in Charlottenbrunn an Rippenfell- und Herzbeutelentzündung. Krankheitsdauer 11 Wochen.
- Tiefenfurt.** Auguste Göldner, Gießerin, geb. 16. August 1856, gest. 17. November an Lungentuberkulose. Krankheitsdauer 2 1/2 Jahre. — Anna Konrad, Verputzerin, geb. 20. September 1869, gest. 10. November an Lungenentzündung.

Chre it.... Andenten!

Adressen-Henderungen

- Bechthelm b. Worms.** Wf. Albert Fischer, Dr., Markt 46. — Wf. Franz Friedrichs, Dr., bei Böffel.
- Oschatz i. Sa.** Wf. Reinhold Franz, Bahnhofstr. 42. — Schf. Rich. Apitz, Mühlstr. 17b. — Wf. Paul Scheibe, Bismarckstr. 9. — Wf. Alfred Straube, Seminarstr. 10, Eduard Mentner, Rieserstr. 2.
- Uordamm.** Wf. Emil Meyer, Dr., Schöneberg. — Wf. Gustav Arndt, Dr., Friedebergerstr. 19.

Versammlungs-Anzeigen

- Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.
- Althaldensleben.** Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, bei Wilhelm Peters. Neuwahl.
- Arzberg.** Sonnabend, 13. Dezember, im Konsumvereins-Lokal.
- Huma.** Sonnabend, 6. Dezember, 7 1/2 Uhr, bei Genff.
- Bechthelm.** Sonnabend, 6. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei Erbelbinger.
- Berlin.** Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr. Verwaltungsjahrgang: Montag, 8. Dezember, 7 Uhr. Figurenbranche bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. — Montag, 8. Dezember, Emaillebranche 7 Uhr, An der Stralauerbrücke 3. — Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung, im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15. Neuwahl.
- Breslau.** Freitag, 5. Dezember, 7 Uhr, Gießer-Versammlung, in der „Großen Bierglocke“, Weinst. 72. — Dienstag, 9. Dezember, 7 Uhr, öffentliche Steingutarbeiter-Versammlung, in der „Deutschen Krone“. Referent: Kollege Uhlmann-Dresden. — Sonntag, 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus. Neuwahl.
- Buckau.** Sonntag, 14. Dezember, vorm. 10 Uhr, in der „Thalia“. Neuwahl.
- Charlottenburg.** Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus. Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Neuwahl.
- Colditz.** Sonnabend, 13. Dezember.
- Düsseldorf.** Sonntag, 14. Dezember, vorm. 10 Uhr, bei Schmitz, Jahn- und Kirchfeldstr. Neuwahl. — Sonnabend, 13. Dezember, Branchenversammlung, bei Walbers.
- Elsterwerda.** Sonntag, 14. Dezember, punkt 2 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, in Biehla Generalversammlung. Neuwahl.
- Flörsheim a. M.** Sonnabend, 6. Dezember, 5 Uhr, in der alten Kantine. Neuwahl.
- Frankfurt a. M.** Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, bei Kemm, Große Rittergasse 56. Neuwahl.
- Fraureuth.** Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, bei August Volkstädt. Neuwahl.
- Freiberg.** Sonnabend, 6. Dezember, 4 Uhr, in der Union. Neuwahl.
- Freienort.** Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Saaltal Nachhausein.
- Geschwenda.** Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Thüringer Wald. Neuwahl.
- Gräfenhain.** Sonntag, 20. Dezember, punkt 4 Uhr, im Gasthof zum Steiger. Ganleiter Hoffmann ist anwesend.
- Goldlauter.** Sonntag, 14. Dezember, punkt 9 Uhr, im Schützenhof. Geschäftsbericht. Neuwahl.
- Grünhain.** Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Goldhahn. Neuwahl.
- Hermsdorf.** Sonntag, 7. Dezember, 9 Uhr, Generalversammlung, in der Zentralthalle.
- Hornberg.** Sonnabend, 13. Dezember, im Gasthaus zur Rose. Generalversammlung.
- Ilmenau.** Sonnabend, 13. Dezember, punkt 9 Uhr, Generalversammlung.
- Kahla.** Sonnabend, 6. Dezember, punkt 8 1/2 Uhr, im Rosengarten. Neuwahl.
- Karlsruhe.** Sonnabend, 20. Dezember, 8 Uhr, in der Gambrinushalle. Neuwahl.
- Königsee.** Montag, 8. Dezember, 7 Uhr, im Rathaus.
- Kronach.** Sonnabend, 13. Dezember, 5 1/2 Uhr, im „Bayrischen Hof“. Neuwahl.
- Langenberg.** Sonntag, 14. Dezember, 3 Uhr, im Kaiserhof. Neuwahl.
- Langewiesen.** Sonntag, 14. Dezember, 3 Uhr, im Felsenkeller. Neuwahl.
- Leipzig.** Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zeigerstr. 32. Neuwahl.
- Leipzig.** Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Meißen.** Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Donnic, Fabrikstr. 5/6. Neuwahl.
- Mannheim.** Sonnabend, 13. Dezember, b. Wtw. Kinzinger, S. 7. 24.
- Mengersgereuth.** Montag, 8. Dezember, 6 1/2 Uhr, bei Grealing. (Schlachter.)
- München.** Sonnabend, 20. Dezember, im goldenen Lamm, Zweigstraße 4. Neuwahl.
- M.-Gladbach.** Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Peter Heinen, Wallstr. 13. Neuwahl.
- Neuhaldensleben.** Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Herzog. Neuwahl.

Neuhaus a. R. Sonntag, 7. Dezember, 7 Uhr im Schützenhaus. Neuwahl.

Nürnberg. Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Historischer Hof), Neugasse Generalversammlung.

Oelde. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Anton Vinnenbrint. Neuwahl. Quittungsbücher mitbringen.

Pankow. Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, bei Bohr, Ruglerstr. 7. Neuwahl.

Passau. Sonnabend, 6. Dezember, im schwarzen Bären, Theresienstr.

Plaue. Sonntag, 7. Dezember, 2 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Adler.

Probstzella. Sonntag, 14. Dezember. Neuwahl.

Röslau. Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, bei Wlch. Müller. Neuwahl. Mitglieds- und Bibliothekbücher mitbringen!

Schedewitz-Oberhohndorf. Sonnabend, 6. Dezember im Restaurant „Konjam-Schedewitz“. Neuwahl.

Scheibe. Sonnabend, 13. Dezember, p u n k t 8 Uhr, in Rühms Hotel. Neuwahl.

Schmiedefeld. Sonnabend, 6. Dezember, 9 Uhr, bei Fischer. Neuwahl.

Schorndorf. Mittwoch, 10. Dezember, 6 Uhr, im „Hirsch“.

Schwarzenberg. Sonnabend, 13. Dezember, 8 Uhr, im „Wettiner Hof“. Neuwahl.

Seib. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, im Saale der Centralhalle. Neuwahl.

Seib-Plöbberg. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, in der Kantine.

Spandau. Sonnabend, 13. Dezember, Büchelsdorferstr. 5. Neuwahl. Bibliothekbücher mitbringen!

Staffel. Sonntag, 7. Dezember, 2 1/2 Uhr, b. Weimar. Neuwahl.

Suhl. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, in Domberts Ansicht. Verwaltungswahl.

Tiefenfurt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, in der Brauerei. Generalversammlung.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Uhlstädt. Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, bei Karl Schaumann. Neuwahl.

Unterpörlitz. Sonnabend, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Uegesack. Sonnabend, 6. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Friedrichs.

Gold-, Silber- und Platinabfälle
als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten,
leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend
Max Haupt, Dresden-H., Bönischplatz

Herr Kollege, warum schicken Sie Ihre Goldabfälle nicht
mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Ich
bis jetzt einen Versuch machen, sind meine ständigen Kunden geworden.
Mit kollegialem Gruß
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Wo? verkauft man am vorteilhaftesten Goldabfälle
Nur beim Verbandskollegen
Karl Fränzel, Pötschappel b. Dresden, Weiheritzstr.
Schnellste Erledigung.

Goldabfälle jeder Art, Goldlappen, Goldmatten, Schmelzgold kauft höchstzahlend
G. Becht, Berlin S. 14. Sebastiansstraße 78.
Telephon Amt Marktplatz, Nr. 5278.

Goldschmiere, Goldabfälle
Durch mein einfaches selbstprobirtes Schmelzverfahren bin ich in
Lage (Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, Flaschen), das Gramm Feingold nach Goldabfällen anzukaufen, also höchste Zahlung, bei streng reellster und wissenhafter Bedienung. Keine Schmelzkosten, sofortige Geldzahlung. Procente werden nur im Dezember gezahlt. Viele Anerkennungen und Empfehlungen vom In- und Ausland. Geschäftsprinzip: Viel Geschäft, wenig Nutzen.
M. Köhler, Dresden-H., Wettinerstraße 11.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle
wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden angeschmolzen, auf Feingehalt probirt und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.
B. Haupt, Dresden-H., Serrestrasse
Gold- und Silberscheideanstalt.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle
Zahl
voll
grossen
Umsatz
höchste
Preise

Otto Seifert, Zwickau S.
Osterwühlstrasse 32.

Alle Kollegen kaufen **Drellhosen, Jacken, Schürzen, Mützen** usw. am besten bei dem Kollegen
Eduard Koch, Königsee in Thüringen.
Eigene Anfertigung. Reelle, prompte Bedienung.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Berggoldindustrie vorkommenden Abfälle kauft bei promptester reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekt
Emil Böhme, Eisenberg S.-H. Ältestes Geschäft dieser Art.
NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 9,50 Mt.

Goldabfälle, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung
Jean Klein, Ahlen in Westfalen.

Werkstattsschuhe, Sandalen, Pantoffeln usw. usw. äußerst dauerhaft und zu billigsten Preisen, liefert
F. Girhardt, Ilmenau i. Thür.
Mitglied des Verbandes Nr. 4592. Ausführliche Preisliste

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 8.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.

Anzeigen

Quittung. Für unser krankes Mitglied H. Wehnert gingen nachträglich noch Gelder ein: München 10,00 Mt., Uhlstädt 204,95 Mt. Summa 214,95 Mt. Allen Gebern besten Dank.
J. A.: Franz Pöcher, Hermsdorf S.-H., Kassierer.

Zum 1. Januar 1914 erfolgt die Zusammenlegung der Zahlstellen Hüttengrund, Hüttensteinach, Judenbach, Köppelsdorf, Lauscha und Oberland zu einer Zahlstelle mit dem Sitz in Köppelsdorf, für welche ein
Lokalbeamter gesucht

wird. Der anzustellende Beamte hat neben den sonst üblichen Arbeiten insbesondere die Kassengeschäfte zu führen. Das Bewerbungsschreiben muß die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten. Eine Abhandlung über das Thema: „Welche Aufgaben hat ein Lokalbeamter zu erfüllen?“ ist beizufügen. Die Anstellung soll nach Möglichkeit zum 1. Januar 1914 erfolgen. Das Gehalt beträgt 1680 Mark. Bewerber, welche rednerische und agitatorische Fähigkeiten, Erfahrung auf dem Gebiete der Verwaltungstätigkeit und eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft im Porzellanarbeiterverband nachzuweisen haben, wollen ihr Angebot bis spätestens zum 9. Dezember d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Georg Rühr, Mt. in Köppelsdorf S.-H. senden.

Breslau. Dienstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, öffentliche Steingutarbeiterversammlung in der „Deutschen Krone“
Referent: Kollege Uhlmann, Dresden. Die Verwaltung.

Gräfenhain. Hierdurch zur Kenntnis, daß unsere Bibliothek im Dezember wegen Unordnung geschlossen bleibt. Gleichzeitig bitten wir, sämtliche außenstehenden Bücher sofort abzugeben.
Die Verwaltung.

Stadtengsfeld. Den organisierten Arbeitern geben wir bekannt, daß unser Vereinslokal Schützenburg gesperrt ist. Auch den durchreisenden Mitgliedern möchten wir bekannt geben, daß unser Vereinslokal jetzt Gasthaus zu Sonne ist.
Die Verwaltung.

Unterpörlitz. Die Mitglieder werden ersucht, die Beiträge pünktlich zu entrichten, da ich den Abschluß zur bestimmten Zeit abgebe.
Der Kassierer.

Wismar. Effekten-Bestellung nur bei Postumschließung

Maler. Ein erfahrener einjährigigen Arbeiter der Unter- und Oberbauarbeiten, sowie in Schablonenschnitten, sucht Stellung im Porzellan- oder Steinzeug- oder In- oder Auslande. Gefällige Offerte unter B. an das Büro des Porzellanarbeiterverbandes in Seib. (Breslau) erbeten.

Wichtig! Blumenspritzer, verheiratet, jung, sucht Schablonenhersteller und mit sämtlichen Arbeiten gut vertraut. Gef. Offerten unter B. an die „Ameise“ erbeten.